

Geistlich
 ...
Abonnementpreis
 monatlich 80 Pf.
 vierteljährlich 1.80 M.
 halbjährlich 3.60 M.
 jährlich 7.20 M.
 Durch die Post bez.
 1.00 M. zchl. Postgeb.
 ...
Die Halle
 (Unterhaltungsblatt)
 durch die Post nicht bez.
 ...
 Halle Nr. 1047.
 Telegramm-Nr. 1047.
 Postkassett Halle a. S.



Inspektionsgebühr
 beträgt für die Gesellschafter
 ...
Insere
 für die Halle Nummer
 ...
 Einlagen in die
 Postkassett.

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld,
 Naumburg-Weißfels-Beitz, Wittenberg-Schmeinitz, Curgau-Triebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga
 und die Mansfelder Kreise.
 Expedition: Harz 42/43. Redaktion: Harz 42/43.

Der Zusammenbruch.

Unter dem Titel Die Kolonialpolitik und der Zusammenbruch hat unser Parteigenosse **Barbus** im Verlage der Leipz. Volkshg. eine sehr lesenswerte Broschüre erscheinen lassen. (Umfang 135 Seiten, Preis 1 M.) Barbus beweist, daß die moderne Kolonialpolitik, und namentlich die deutsche, nicht nur keinem Kulturinteresse im sozialistischen Sinne dient, sondern nur im Interesse einiger bevorzugter Kapitalistenkreise liegt. Nur unter den aberwitzigsten Opfern würde es Deutschland möglich sein, seinen Absatz von Industrieprodukten nach seinen Kolonien wesentlich zu steigern. Doch selbst die größtmögliche Steigerung würde belanglos sein im Verhältnis zur deutschen Gesamtproduktion, die allein für den Handel mit dem Auslande jetzt jährlich weit über 6000 Millionen Mark beträgt.

Was die moderne Kolonialpolitik an Millionenfabriken erzeugt, muß das deutsche Volk jetzt Tag für Tag erfahren. Aber die europäische Kulturarbeit in Südafrika führt Barbus aus: Jahrbuchverleugung begnügt man sich in Afrika mit der Wildschau, mit Elefantenjahren und Straußenjahren. Dazu kam die Jagd auf Menschen, der Elfenbeinhandel. In Südafrika febelten sich seit Mitte des 17. Jahrhunderts die Holländer an. Sie waren Viehhändler, sie brachten riesige Massen Weidelanden und Eingeborene als Arbeitskräften. Später kamen die Engländer, schließlich im Westen die Deutschen. Und jedesmal wiederholte sich in den Grundrissen der gleiche Kampf zwischen den europäischen Eindringlingen und den Eingeborenen. Die Eingeborenen müssen um ihren Besitz gebracht und gleichzeitig bezümmert werden. Man braucht zu einmal ihr Land und zum zweiten die Arbeitskraft der Hebräereliebenden. Man verleiht sie also durch Eingebot von Pulver, Schnaps und allerlei werkslosen Kleinigkeiten zur Verschleuderung ihres Besitzes und zum Schuldenmachen. Man gibt ihnen Feuerwaffen, um auch das Wild auszurufen und sie dadurch auch dieses Unterhaltsmittels zu berauben. Die Feuerwaffen haben überdies den Vorteil, die Kräfte der Eingeborenen untereinander, wenn auch nicht häufiger, so doch blutiger zu machen. Sind durch diese schlaue Taktik die Eingeborenen hinfällig gemacht, so streckt man auch vor der offenen Gewalt, dem Raub und Vernichtungskriege nicht zurück!

Die Vorgänge gerade in Deutsch-Südafrika bieten im Kleinen und historisch Gedrängten ein geradezu klassisches Bild der Südafrika-Kolonie überhaupt. Nach Deutsch-Südafrika wurden Teile der von den Wuren und Eingeborenen besperrten Völkerverbände betrieben. Schwabe, ein deutscher Kolonialoffizier, schildert die Dinge in seinem Buche: „Mit Pfingst und Schwert in Südafrika“ folgendermaßen:

Infolge der immer zahlreicher einander den Europäer und der Eroberung immer neuer Landstriche im Norden und Osten der Südafrika wurden die ursprünglichen Besitzer des Landes, die Eingeborenen, immer mehr und mehr zurückgedrängt in entfernter liegende Gegenden... So sehen wir denn in der letzten Hälfte des 19. Jahrhunderts — hinausgedrängt aus seinen ursprünglichen, süßlichen Wohnstätten — ein trotziges Volk, das in der Gegend der Grotten (Gottentotten) durch das südl. Eingangsloch am Oranienfluß in unserer heutige Schutzgebiete hinein, während von Norden her, besetzt von ungescherten Hinderherden, die Heros oder Damara, ein Girtelvolk des Vantastammes, bereits nach Süden vorgedrückt waren.

Die beiden Stammesfremden Völkerverbände lagen miteinander in Fehde. Die Gottentotten wurden dazu von weißen Händlern mit Feuerwaffen ausgerüstet, um den Heros ihre Viehherden zu rauben. Freilich: So rasch wie es gekommen war, serob das erbeutete Vieh wieder nach allen Himmelsrichtungen in die Hände der gierigen Händler, die dafür Pferde, Pulver und Wein zum nächsten Tage lieferten.

Man kam die deutsche Schutztruppe. Die Ausbeute der Solente bestand hauptsächlich in der Viehherden, nach den englischen Goldminen. Das konnte nun entwerben in der Weise gesehen, daß man sich in den Besitz von Viehherden der Eingeborenen setzte, oder daß man selbst Viehherden trieb, zu welchem Zweck man aber den Grund und Boden dem Vieh der Eingeborenen entziehen mußte. In der einen wie in der anderen Beziehung fanden die Deutschen aber bereits Konkurrenten vor, nämlich die Gottentotten, die, wie wir wissen, dies Geschäft auf eigenes Risiko betrieben. Die Gottentotten tauschen den Heros Vieh und Land. Sie betrachteten sich als die Herrscher im Lande, wenn sie auch die Herrschaft nur in fortwährenden Kämpfen gegen die Heros behaupten konnten. Am an Stelle der Gottentotten zu treten, mußten die Deutschen erst diese besiegen. Das war die Ursache des Krieges gegen Hendrik Witbooi.

Nach der Unterwerfung Hendrik Witboois wurde dann auch ein großer Teil des Landes der Gottentotten für **Barbus** erklärt.

Als ein Teil der Heros unter Nicodemus sich gegen die deutsche „Schutztruppe“ erhob, wurde auch ihm sein Land genommen. Mit welchem Rechte? Nach dem Völkerrecht der kapitalistischen Welt wird das Privateigentum auch im Krieges besitzlich. Aber nur ein Profit zieht, stellt sich das Kapital gern auch auf den Standpunkt des Gottentottentums. Und

da spricht man noch von den höheren Rechtsgriffen, die angeblich das Kapital zu den Weiden bringt.

Man beschte jetzt Land, um Farmer anzusiedeln. Aber die Viehhucht war nicht besonders einträglich, weil ja die Händler den Eingeborenen ihr Vieh so viel billiger abkauften. Die Farmer verlegten sich also selbst auf den Viehhandel, mit dem Erfolg, daß die Heros schließlich dem Hunger und dem Tod auf dem Felde vorzogen. Viele Heros wählten ganz genau, was ihnen bevorzogen, aber ihnen blieb keine Wahl. So teilte der Missionar **Ruhlin** an folgende Beurteilungen christlicher Heros mit:

Lehrer, wir wissen, daß wir einen schweren Krieg angefangen haben. Der deutsche Kaiser wird demnächst Millionen von Soldaten senden, und viele von uns werden sterben. Wenn wir alle gestorben sind, so schreibt dem Kaiser, allen Deutschen und den großen Lehrern: an diesem Kriege ist nicht die Krone schuld, gegen die wir nicht haben, die kann ruhig im Lande bleiben. Die Schuld an dem Kriege tragen die Händler, die uns mit ihrem Handel drangaliert haben: Kaufen wir nicht bei ihnen auf Schuld, so war's auch ein Unglück; kaufen wir auf Schuld, so war's auch ein Unglück; sie quälten uns eben immer.

Mit dem Viehhandel ging der Landraub Hand in Hand. Den Landraub besorgte im großen Stille die Regierung. Bei den Heros war das Land kollektiv, kein Häuptling durfte es verkaufen. Da machte die Regierung nach dem Tode des alten Heros-Oberhäuptlings gegen alles Erbrecht der Heros dessen jüngster Sohn Samuel Maharos zum Oberhäuptling. Maj. v. Franquist, der diesen Coup ausführte, charakterisierte Samuel selbst als „eitel, genüßlich und dem Trunke ergeben.“ Gerade deshalb war er, der rechte Mann für die Regierung. In wichtiger Spezialaktion auf seine Verschwendungssucht billigte man ihm das Recht zu Stammes zu verkaufen, obwohl man wußte, daß es das gar nicht durfte! Und Samuel verschleuderte trotz allen Einspruchs seiner Großleute das Stammesland unter dem Schein der deutschen Regierung! Die Erbitterung der Heros wurde schließlich so namenlos, daß Samuel Maharos selbst, der doch an der deutschen Herrschaft so sehr interessiert war, dem Druck der Seinen nachgeben mußte.

Die Erbitterung gegen Samuel seitens der dortigen Grobmänner war so groß, daß derselbe aus Furcht vor ihnen nicht auf der Straße nach Olabandja zurückzuführen wagte, sondern den sehr beschwerlichen Weg durch die Berge einschlug... Schließlich mußte Samuel Maharos etwas tun, um sich vor seinen eigenen Leuten zu retten, und gab den unheilvollen Rufus zum Aufstand gegen die Deutschen, denen er selbst das Land verkauft hatte, und die sich nun, geführt auf ihr Eigentumsrecht, als die alleinigen Herren der Herosplätze gebärdeten.

Man sieht, wie genal die deutsche Politik der rechtschuldigen Erfolglosigkeit Samuel Maharos war! Man bekam Land und schließlich durch den Herosaufstand und die Ausrottung dieses Stammes von ebendem 80 000 Rassen deren ganzes Stammesigentum in die Hände. Nicht bevor erging es den Gottentotten. Und wenn es nach dem Wunsch einflussreicher Kreise gegangen wäre, so hätte man auch gleich mit den Oambos ausgeräumt.

Schreibt doch Oberst **Deutwein** in seinem Buche „Elf Jahre in Südafrika“:

„Ursprünglich war bei Beginn des Herosaufstandes fast alle gegen die Rede davon, seiner Beendigung unmittelbar einen Oambokrieg folgen zu lassen... (Und in einer frühen Zeit deutete ich hin): „Erhebt ihr doch sogar von autoritativer Seite in einem Privatbrief die Anregung dazu.“

Ruh, der Oambokrieg würde uns darum nicht lange erspart bleiben. Doch ist ja nicht die ganze Eingeborenenbevölkerung Südafrikas ausgerottet, noch nicht ihr sämtliches Land und Vieh geraubt!

So sieht es mit den kolonialen Kulturwerten! Barbus schließt das Kapitel mit den beherzigenswerten Worten:

„Ich denke, wir Sozialisten haben am allerwenigsten ein Interesse daran, uns selbst zu belügen. Wollen wir Kolonialfragen erörtern, so sprechen wir vom Geschäft, das Kapitalistischer Profitbildung — mit zivilisatorischen Aufgaben hat das nichts zu tun, im Gegenteil, es ist ein Feind auf Zivilisation und Humanität.“

Gesengeschichte.

Halle a. S., 21. Juni 1907.

Freiwilligkeit und Wahlrecht.

Für „grundständig“ erklärt die Pres. Ztg. die Behauptung des Freiherrn v. Bethlig, der freiwillige Antrag auf Einführung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts zum preussischen Landtage sei mit Rücksicht auf die Regierung zurückgezogen worden. Die pöhlische Zurückziehung des Antrages sei vielmehr aus eigenem Antrieb der Freiwilligen erfolgt. Dazu bemerkt das Ver. Abgeordn.:

Wir verstehen nicht, wie es recht nicht, weshalb die freiwilligen Parteien auf die Verhandlung des Wahlrechtsantrages verzichtet haben. Denn es ist doch wohl nicht anzunehmen, daß aus ihren eigenen Reihen sich Widerspruch gegen die Einführung des Reichstagswahlrechts in Preußen erhoben hat. Diese letzte Annahme will das Gegenteil von dem besagen, was ihr Wortlaut bedeutet. Das Ver. Abgeordn. weiß also, daß

in der Tat in den Reihen der freiwilligen Widerspruch laut geworden ist gegen Übertragung des Reichstagswahlrechts auf die Landtage. Dem Freiwilligen handelt es sich nicht um das Erreichen des gleichen und geheimen Wahlrechts sondern um die Erlangung von mehr Mandaten. Und da der Freiwillige dieses Ziel zu erreichen hofft auf Grund hoher Versprechungen, die ihm von der Regierung gemacht worden sind, hat er seinen Antrag zurückgezogen?

Doch auch die geplante Bildreise, die die Freiwilligen und Nationalliberalen einige Mandate einbringen soll, auf den bestiglichen Widerstand stoßen wurde, haben wir vorausgelagt. Dieser Widerstand beginnt sich auch schon einzustellen. Wenn auch der Reichstote, das weibliche Vorkonng, noch nicht sagt, so es eigentlich brennt, so sieht es doch schon häufig die Stummglode, um alle guten Leute, Pastoren und Soldaten, gegen die drohende Gefahr zu Hilfe zu rufen. Zu diesem Zweck muß es sogar den Teufel des gleichen Landtagswahlrechts an die Wand und schießt dazu:

Das sollte noch, daß wir das Abgeordnetenhaus voll Sozialdemokraten bekämen! Man bitte sich doch nicht ein, daß die sozialdemokratische Gefahr seit der letzten Reichstagswahl überstanden sei; wer tiefer blickt, weiß, daß das nicht der Fall ist. Befürchtlich ist die Zahl der sozialdemokratischen Wähler und Gewerkschaftler um etwa 300 000 gestiegen, und wenn wir im Landtage das Reichstagswahlrecht hätten, würden wir im nächsten Jahre 70 den Landtagswahlen etwas erleben.

Interessant ist auch das folgende Gebändnis einer frommen Seele:

Im Reich kann man das demokratische Wahlrecht noch zur Not ertragen, weil und solange Preußen nicht demokratisch ist.

Das ist's ja, was wir immer sagen, daß das Reichstagswahlrecht und der Reichstag nicht viel mehr als eine schöne Fassade bleiben, solange im Innern der König von Preußen als leiblicher Selbstherrscher das Szepter schwingt und das Königtum Preußen, das in Deutschland voran ist, ein jungerlicher Outebizil bleibt. Der Reichstote schießt:

Fortschritt auf diesen staatsverfallenden Bahnen (denen des Herrn v. Studt) aber die nachst liberale Reaktion zu toten liberalen Theorien — das muß die Lösung sein.“

Das sieht fast aus, als solle nächstens ein Fußfall gemacht werden, damit der „liberale“ Kaiser Wilhelms daabongelegt werde und einem noch viel besseren Preußen Platz mache. Solche unfällige Erscheinungen bestärken uns in der Gewissheit, daß der Freiwillige auch in diesem Wandel, wie bisher, immer noch der Gemettere bleiben wird.

Warum aber die beiden Kamarillen, die „entfesselten Liberalen“ von links und die nachst preussischen Leute von rechts, über das Thema der preussischen Wahlrechtsreform immer noch nur in halben Andeutungen reden, ist schwer einzusehen. Seitdem die Gründe des freiwilligen Rückzugs öffentlich festgestellt worden sind, gibt es doch auf diesem Gebiete wenigstens kein Geheimnis mehr zu bewahren. Es ist höchste Zeit, daß ein Ende gemacht wird mit dem Versuch, eine Lebensfrage nicht bloß des preussischen sondern des ganzen deutschen Volkes als eine geheime Angelegenheit zweier sich belächelnder Cliquen zu behandeln!

Worin ist das Ergebnis: Der Freiwillige hat sich wieder einmal feil betreten, indem er einen neuen, gegen das Volk verübten Verrat unterstellt hat.

Autreiberdienste für Agrarier

leistet eine hinterkommene Fortschritte. Der Postmeister erließ folgende

Bekanntmachung.

Um dem empfindlichen Mangel an Arbeitskräften während der Weizenzeit zu begegnen, erlaube ich die Weigerer und Arbeitgeber, mir sofort diejenigen arbeitstüchtigen Personen anzuzeigen, die sich weigern haben, dringend notwendige Arbeiten in der Landwirtschaft während der Weizenzeit zu verrichten. Ich werde solchen Personen sofort und auch für die Zukunft den Zettel einziehen.

Zähmlich, den 8. Juni 1907.
 Der Postmeister,
 Engels.

Urschäftlich dem Gemeindevorstand
 zu Gumbin
 zur gefälligen ortsüblichen Bekanntmachung
 ergebend überfan.

Gumbin, den 9. Juni 1907.
 Der Gemeindevorstand,
 Wulke.

Die Leuten muß mit Gewalt befristigt werden. Da kommt es nicht auf einen amtlichen Liebergriff an. Freien Arbeitern will der Postmeister die Arbeitsstelle vorzuschreiben und wollen sich die Arbeiter nicht von den Junkern ausdeuten lassen, dann schädigt man sie wirtschaftlich. Einen ähnlichen Beschluß hat man kürzlich auch in Arnaburg (Kreis Sonngau) gefasst. Auch dort will man die Arbeiter zu willenlosen Sklaven der Agrarier machen. Dort ersticht bisher jeder den Weizenzeitler, jetzt aber soll jeder um solche Personen abgegeben werden, die zu landwirtschaftlichen Arbeiten nicht fähig sind. Es geht doch nichts über die Freiheit und das Recht der deutschen Arbeiter!



Alle bei uns gekauften Artikel auch abgeschnittene Waren werden gern innerhalb eines angemessenen Zeitraumes umgetauscht.

ELKAN

Wir verabfolgen Marken sämtlicher Konsumvereine oder Marken der Rabatt-Sparvereinigungen. Käufen, welche keine Marken nehmen, werden 6% sofort abgezogen.

Wohlfeile Woche

Sonnabend	Sonntag	Montag	Dienstag	Mittwoch	Donnerstag	Freitag
-----------	---------	--------	----------	----------	------------	---------

Billige Preise in allen Abteilungen.

Baumwollwaren.

Hemdentuch	Meter 32 28	25 Pf.
Hemdenbarchent	Meter 52, 38	28 Pf.
Bettkattun schöne Blumenmuster	Meter 42	35 Pf.
Bettzeug volle Breite	Meter 42	34 Pf.
Inlett 80 cm breit	Meter 48	38 Pf.
Handtuchstoffe	Meter 42 35	29 Pf.

Wäsche.

Damenhemd Semdentuch, Vorderabschluss	1.45	90 Pf.
Damen-Unterröcke weiß und bunt	1.85 1.25	90 Pf.
Damen-Beinkleider weiß und bunt	1.75 1.35	90 Pf.
Herren-Macchohemd	1.25	1¹⁰
Damen-Nachtjacken bunt	1.45	90 Pf.
Herrenhemden		1⁷⁰

Waschstoffe.

Mousseline tiefen-Auswahl	47 34	25 Pf.
Mousseline-Wolle	Meter 1.80, 1.15	75 Pf.
Organdy helle und dunkle Blumenmuster	90, 75	50 Pf.
Weisse Waschstoffe	Meter 90 70 52	30 Pf.
Satin aparte Neuheiten	Meter 1.10 75	55 Pf.
Zephyr für Blusen und Kleider	Meter 75 42	28 Pf.

Ein Pöfken **Druckjacken** mit und ohne Sattel **90** Pf.

Ein Pöfken **Damen-Wasch-Unterröcke** **90** Pf.

Korsetts.

Halbhohes Façon	1.25 98	68 Pf.
Mieder-Korsett	1.85 1.85	85 Pf.
Frack-Korsett	2.75 2.25	1²⁵

Herren-Zugstiefel	7.10	5¹⁰
Herren-Segeltuchschuhe zum Schnüren	3.25	2⁶⁰
Herren-Halbschuhe gelb zum Schnüren	4.75	4⁷⁵
Damen-Segeltuch-Schnürstiefel	4.10	3¹⁰

Schuhwaren.

Damen-Schnürstiefel	7.90	5⁷⁵
Damen-Schnürstiefel gelb und rot	5.75	3⁹⁵
Damen-Schnürstiefel braun	10.50	8⁴⁰
Kinder-Segeltuch-Spangenschuh	1.20	90 Pf.

Schürzen.

Tändelschürzen weiß u. buntes Karé	48 28	15 Pf.
Hausschürzen mit Beiaß	98	45 Pf.
Reformschürzen	2.25 1.65	90 Pf.
Kinder-Segeltuch-Schnürschuh	1.90 1.70	1⁴⁰

Bettwäsche.

Kattunbezug mit 2 Riffen		3⁵⁰
Weiss. Damastbezug mit 2 Riffen		6⁵⁰
Bettdecken	2.25	1⁵⁰
Tüllbettdecken	3.50	2⁵⁰
Bettinlett fertig genäht		3⁹⁰
Betttücher weiß	2.25	1⁸⁵

Damenkonfektion.

Jackets, Capes, Staubmäntel, Paletots; Kinderjackets und Kindercapes wegen vorgerückter Saison denkbar billigste Preise.		
Morgenröcke, schöne Muster	5.25	2⁹⁰
Damen-Waschkleider	7.50, 5.50	4⁹⁰
Damen-Costümes	25.00 bis	9⁷⁵

Strümpfe.

Damen-Strümpfe deutsch lang Paar 70, 48		38 Pf.
Damen-Strümpfe englisch lang Paar 1.10, 65		55 Pf.
Herren-Socken schwarz und farbig Paar 45, 38, 20		15 Pf.
Herren-Socken geringelt Paar 85, 65		58 Pf.
Kinder-Strümpfe schwarz, je nach Größe 1.10 bis		18 Pf.
Kinder-Strümpfe bunt, je nach Größe 1.10 bis		35 Pf.

Ein Pöfken **Kostümröcke** aus weissen und farbigen Stoffen **2⁷⁵** 3.75

Ein Pöfken **Kostümröcke** aus einfarb. Stoffen **2⁵⁰** 3.75

Ein Pöfken **Kostümröcke** schwarz, elegante Paßform **5⁵⁰** 7.50

Herren- und Knaben-Hüte.

Herren-Strohüte	2.25 1.40 1.00	50 Pf.
Herren-Waschhüte	1.75 90	50 Pf.
Knaben-Strohüte u. Mützen	80 50	35 Pf.

Damen-Hüte

ca. **300** garn. Damenhüte werden bis zur Hälfte des sonstigen Preises ausverkauft.

Herren-Artikel.

Krawatten in modernen Farben	50, 28	15 Pf.
Herren-Kragen	45 25	12 Pf.
Hosenträger	Paar 1.50 75	45 Pf.

Bettfedern **50** Pf. 2.25 1.20

Ein Pöfken **Damenblusen** 1.60 1.85 **75** Pf.

Ein Pöfken **Waschstoffreste allerbilligst.**

Herren.

Herren-Waschjoppen	3.50 2.00 1.70	1⁴⁰
Herren-Waschhosen	3.90 3.00	2⁷⁵
Herren-Stoffhosen	5.50 4.10 3.50	2⁹⁰

Herren-Anzüge nach Maß u. Wrt. 60.- bis Wrt. **28⁰⁰**
Paletots nach Maß von Wrt. 58.- bis Wrt. **25⁰⁰**

Vorteilhafte Preise in Herren-Anzügen

während dieser Woche. **14⁰⁰ 17⁵⁰ 22⁵⁰ 27⁶⁰ 32⁰⁰**
Extra-Auslage in **Knaben - Anzügen. 4⁵⁰**

Unter diesen befinden sich Musteranzüge sowie solche, welche aus guten Stoffen aufgearbeitet sind.

Knaben.

Knaben-Waschanzüge	3.75 2.50	1⁷⁵
Knaben-Stoffanzüge	5.50 4.75	3⁵⁰
Knaben-Waschblusen	1.80 1.00	75 Pf.

Arbeiter-Garderoben grösste Auswahl!

Solange Vorrat.

Nicht für Wiederverkäufer.

Da wir bei unseren Verkäufen und billigen Angeboten stets Waren von bester Beschaffenheit zum Verkauf bringen, bitten wir

Preise mit Qualitäten zu vergleichen

und Sie werden bestimmt herausfinden, dass Sie immer billig bei uns einkaufen. Wir bitten deshalb, sich von unserer Leistungsfähigkeit zu überzeugen.

Freie Benutzung von Schreibmaterial und Telefon.

Der Erfrischungsraum befindet sich in der I. Etage.

1. Beilage zum Volksblatt.

№. 148.

Salle a. S., Sonnabend den 22. Juni 1907.

18. Jahrg.

Galle und Sozialkreis.

Salle a. S., 21. Juni.

Sozialdemokratischer Verein.

In der gestrigen Mitgliederversammlung sprach Genosse Weites über die gesellschaftlichen Kämpfe der Gegenwart. 1874: Die Arbeit ist die Quelle alles Reichtums und aller vollen Genuß habe, und diese Satz auch heute noch seine volle Geltung habe, und untere ganz sozialistische Wissenschaften diese Satz darauf auf, freilich die, die wissenschaftlich nicht zu eng stehen. Nicht nur körperliche Arbeit ist darunter zu verstehen, sondern auch geistige, d. h. die, die wissenschaftlich nutzbringend ist. Ein Hindernis für die Arbeit ist keine solche. Bei einem Vergleich der Lebensweise der verschiedenen Klassen und der der Proletariat sehe man, wie ungleich die Güter des Lebens verteilt seien. Das Nationalvermögen sei in den letzten Jahrzehnten mächtig gewachsen, nach Deutlich um 300 Millionen Mark, aber in die Proletariatfamilien ist davon sehr wenig gekommen. Trotz der riesigen Industrieerzeugnisse der Welt ist der Arbeiter meist nicht in der Lage, sich auch nur das Nötigste zu kaufen, deshalb seien die sozialistischen Bewegungen keine Wagenfrage sondern eine Kulturfrage. Mit der Entlohnung des Produktionswesens zur heutigen Großindustrie seien Eigentumsverhältnisse ganz andere geworden: die Reichtümer haben auf eine kleine Zahl sich genommen, dadurch seien die Klassenunterschiede immer stärker getrennt. Die natürliche Folge seien die riesigen Kämpfe zwischen Kapital und Arbeit, wie sie heute zu verzeichnen sind. Die Maschinen ersetzen anstatt zum Segen, der Arbeiterkraft zum Fluche, weil sie nur zum Dienste des Unternehmertums tätig sind. Deshalb sei auch das Vertrauen, alle Produktionsmittel zu vergesellschaftlichen, so berechtigt. Denn die jetzigen Zustände mit ihren Unruhen, Monopolen, billigen Preisen, wie Verfallensmenge, und schaffen daher dem Kapital eine gewaltige wirtschaftliche Lebenskraft. Diese könne nur paralysiert werden durch starke Partei- und gesellschaftliche Organisationen der Arbeiter. Deshalb müßten sich die Arbeiter ebenfalls in großen Verbänden zusammenschließen, um nicht unterdrückt zu werden.

Redner weist dann nach, wie notwendig Tarifverträge zwischen Arbeitern und Unternehmern seien, nur dürfe man sie niemals als soziale Friedensverträge ansehen. Ja, Tarifverträge können sogar gefährlich werden, wenn sich die Arbeiter dazu verstehen lassen, dem Unternehmern zu helfen, die Schmutzindustrie zu heiligen. Das ist nur der Klassenkampf. Frisch sei auch, annehmen, die Arbeiterklasse werde durch Tarifverträge verwöhrt oder auch ausgeschaltet. Das stünde nicht, Tarifverträge seien nur Waffenstillstände, und nur das Resultat außerordentlich schwerer Kämpfe. Und je größer die Klassenunterschiede werden, desto stärker und von längerer Dauer würden die Kämpfe werden. In der richtigen Erkenntnis, daß die Arbeiterorganisationen dem Unternehmern über den Kopf wachsen, zu mächtig werden, so daß deren Nützlichkeits immer schwerer, wenn nicht gar unmöglich wird, sucht der Unternehmer durch Ausprägungen u. d. Organisationen zu schwächen, wenn nicht ganz zu zerstören. Aber die Arbeiterkraft sei errettungswürdig so stark, daß ein solches Gelingen nicht mehr gelinge, daran ändert auch die Gründung von gelben Gewerkschaften des Verbandes der vaterländischen Arbeitervereine u. d. nicht.

Die Frage allerdings, ob wir dem Unternehmertum gewachsen seien, ist nur bedingt zu bejahen. Ein einzelnen Berufen trifft das zu, bei vielen auch nicht, weil wir mit zu vielen Faktoren zu rechnen haben, die zu ungunsten langweilen.

Um aber den bevorstehenden gewaltigen Kämpfen gewachsen zu sein, die natürlich ungeheure Mittel kosten, werden die Vorkämpfer über kurz oder lang dazu kommen müssen, die Kämpfe zu gewinnen. Das ist nur ein Kampf, der sich nicht gewinnen kann. Wie sollen wir aber nun schließlich den Verbänden des Unternehmertums, die Arbeiterkraft zu schwächen, entgegenzutreten? Darauf glaubte Genosse Fröhlich in der Aprilversammlung schon die Antwort gegeben zu haben: mit dem Generalstreik. Damit müsse man aber sehr vorsichtig sein. Und es sei nicht gut geheißel, dieses Schlagwort ohne Kommentar in die Massen zu schleudern. Das richte nur Verwirrung an. Redner führt dann als Beispiel die Auflösung der Generalstreiks in den verschiedenen Ländern vor Augen, ebenso bezieht er die verschiedenen Prothesen, die sich damit befassen. Und da habe gerade Genossin Lenzburg in ihrer Prothesen eine geradezu verblühende Klugheit der heutigen Gewerkschaftsbewegung an den Tag gelegt.

Infolge der bevorstehenden Kämpfe müssen wir unsere Taktik ändern, wir müssen die gesamte Arbeiterbewegung beweglicher machen. In den Vereinen müssen mehr Zusammenhänge geschaffen, die Allgemeinbildung jedes einzelnen Mitgliedes gefördert werden, um bei Einbruch hierfür zu haben. Man muß sich als Gewerkschaft auch politisch betätigen, denn ohne eine politische Betätigung können wir heute keine gesellschaftlichen Kämpfe mehr führen. Daran fehlt es aber noch sehr. Das ist man daraus, daß wir zwar politische Freiheiten und Rechte haben, aber ausüben dürfen wir sie nicht. Das sei eine Folge unserer bisherigen politischen Untätigkeit. Wenn wir zu unsere Pflicht tun, werden alle Behinderungen unserer Gegner zu unserer Niederwerfung vergeblich sein.

Das eine müssen wir bedenken, unser gemeinsamer Feind ist der Kapitalismus. Partei und Gewerkschaften haben das Ziel, das Proletariat zu befreien aus den Fesseln der kapitalistischen Gesellschaftsordnung. Darnach wir darnach. (Zeh, Beifall.)

In der sich anschließenden Diskussion wies Genosse Fröhlich den Vorschlag zurück, das Schlagwort Massenstreik ohne Kommentar in die Massen zu schleudern zu haben. Alle Besucher der Aprilversammlung werden das Gegenteil bezogen. Genosse Siedersleben wünscht in einem Vortragssystem eine genaue und bessere Aufklärung über die Bedeutung der Klassenkämpfe. Nach einem kurzen Schlusswort trat der Versammlung in die Beratung über ein von Genosse Zentralbibliothek, nach der Anweisung, wie sie von Genosse Siedersleben in Nr. 139 des Volksbl. gegeben worden ist, ein. Genosse Galdenberg gab die nötigen Erläuterungen dazu. In der sich anschließenden Diskussion waren sämtliche

Redner im Prinzip mit dieser Erklärung einverstanden, wenn gleich einzelne über die Finanzierung geteilter Meinung waren. Schließlich wurde folgende Resolution angenommen:

Die heute, am 20. Juni 1907, tagende Vereinsversammlung erklärt sich im Prinzip mit der Errichtung einer Zentralbibliothek einverstanden und beauftragt den Vorstand, nach Kräften für die baldige Errichtung einzutreten.

Dem Antrag des genannten Parteivorstandes, das gegenwärtige Vereinsstatut einer Revision zu unterziehen, machten sich verschiedene Meinungen geltend. Gen. Wenzel wies darauf hin, daß der Revision beschließen habe, ein gemeinsames Statut für alle Kreise des Reiches zu schaffen und beantragte die Beratung einer Revision bis nach dem Bezirkstag. Dem schloß sich Gen. Reizmann an und zu einem Teil die Gen. Kochansky und Weiglarten an, während andererseits die Gen. Wob, Thiele, Schmidt, Beiling u. a. für sofortige Revision eintraten. Nur wollen die beiden letzten, sowie Kochansky den Vorstand mit der Ausarbeitung betraut werden, während Gen. Thiele zur Einlösung des Vorstandes, der jetzt mit dem Statutenrevidenten viele Arbeit haben werde, eine Kommission gewählt werden will. Schließlich einigt sich die Versammlung auf folgende Resolution:

Die heutige Vereinsversammlung beschließt die Revision des Vereinsstatuts und legt fest, daß ein Antrag bis zum 15. Juli d. J. dem Vorstand eingereicht und bis 17. Juli d. J. veröffentlicht sein sollen.

In weiteren beschließt die Versammlung, die Ausarbeitung einer Vorlage durch den Vorstand unter Ausziehung drei von dem Vereinsmitgliedern gewählten Genossen vornehmen zu lassen.

In die Kommission sollen drei Genossen aus dem Distrikt Dessau-Kanena, Rietleben und Letzin gewählt werden. Dann teilte Gen. Streicher im Namen der Revisoren nach mit, daß das kolportierte Gerücht, bei der Abrechnung beim Gen. Sekret hätten 10000 Mark gefehlt, ein mögliches Gerücht sei, vor deren Weiterverbreitung er warne. Nachdem also Gen. Wob nochmals die Haltlosigkeit dieses Gerüchtes festgestellt hatte, schloß er die Versammlung.

Die Ehre der belagerten Unteroffizierschöre.
Wegen Belagierung der Unteroffiziere des preussischen Heeres wurde am 16. März unser Kollege Fröhlich vom hiesigen Landgericht zu drei Monaten Gefängnis verurteilt.

In der Unterlagungsbeilage der Nummer vom 10. Januar dieses Jahres erschien ein Artikel über die Befreiung geistig Minderwertiger vom Militärdienst. Es wurde dargelegt, daß ein hoher Prozentsatz solcher Leute die Rekrutenausbildung verzögere und erschwere. Dadurch würden die Kameraden erbittert und es komme dann zu Szenen, von denen man gelegentlich aus den Verhandlungen der Kriegesgericht Kenntnis erhalte. Im weiteren Verlaufe des Artikels hieß es dann, die schmachvolle Erscheinung der Soldatenmishandlungen werde durch die beschriebene Befreiung der geistig Minderwertigen vom Militärdienst nicht auf der Welt geschafft werden. Der Unteroffizier werde, wenn er wirklich keine Danks- oder Dankschreiben mehr habe, denen er schmerzlose Dankschreiben verabreichen oder die er zur Helferei seiner roten Spitze machen könne, sich gesunde, normale Menschen aussuchen, die durch die eiferige Disziplin ihm ausgetrieben werden. Das Urteil sagt, es sei nicht zu verkennen, daß der Artikel in seinem Teile sich in sachlichen Grenzen halte; dann aber verleihe er das Thema und gehe zu den Mishandlungen durch Unteroffiziere im allgemeinen über. In der Behauptung, daß sie in frivoler Weise und ohne daß ihnen Ursache dazu gegeben worden wäre, die ihnen untergebenen Soldaten mishandeln und dies lediglich aus Lust am Mißhandeln tun, ist eine Verleumdung sämtlicher Unteroffiziere enthalten worden. Für die Unteroffiziere des preussischen Heeres hatte der Kriegsminister Strafantrag gestellt.

Gegen die Verurteilung hatte unser Kollege Revision beim Reichsgericht eingereicht, die gestern, Donnerstag, zur Verhandlung kam. Die Revision unseres Kollegen vertrat Rechtsanwalt Dr. Hübler-Weipzig. Derselbe suchte insbesondere nachzuweisen, daß in dem Artikel der Verleumdung, welcher belagert sein soll, nicht hinreichend abgegrenzt sei. Namentlich sei in subjektiver Beziehung nicht festgestellt, daß der Angeklagte sich bewußt gemein sei, mit dem Artikel gerade die preussischen Unteroffiziere zu treffen. Der Artikel sei so allgemein gehalten, daß er sich auch auf ausländische Unteroffiziere beziehen könne. Endlich sei nicht ersichtlich, warum § 185 und nicht § 186 angewendet worden ist. — Gemäß dem Antrage des Rechtsanwalts erkannte jedoch das Reichsgericht auf Verwerfung der Revision, da die fraglichen Feststellungen in ausreichender Weise getroffen seien.

Noch einmal der Automobilunfall vor Gericht.

Der hiesige Stadtrat Maximeister Ludwig Grote hatte am 20. Oktober v. J. auf einer Automobilfahrt nach Leipzig in der Wendorf Feldmark den 13jährigen Sohn des hiesigen Konditors Renner überfahren. Wir haben über den Fall in unsern Beilagen über die Straßenverkehrsordnung vom 20. November v. J., in der sich die Strafen wegen fahrlässiger Tötung zu deminutieren hatte, aber freigeprochen wurde, ausführlich berichtet. Konditor Renner fuhr an jenem Tage auf einem sogenannten Wohnwagen mit Konditormark zum Markte in Gröbers. Sein 13jähriger Sohn Kurt befand sich bei ihm, sprang jedoch meist neben dem Wagen her, während Renner mit einem Disauer Fußmann, dessen Pferde er für den ihm selbst gehörigen Wagen gemietet hatte, im vorderen Wagenraum saß. Als sich das Automobil des Stadtrats Grote dem in der Mitte der Chauffee fahrenden Wagen vor ihm her näherte, ging der Knabe gerade links neben dem Wagen her. Grote wollte vorwärtsfahren, links vorbeifahren, aber außer dem Knaben benutzten auf dieser Seite auch noch Seidenhaken den Weg. Wunderschick Einzeln mit der Spitze wurden von den Seidenhaken des Knaben so festgefaßt, daß der Knabe nicht mehr losgeraten werden konnte. Sie hingen daher nicht nur rechts aus, um dem Automobil das Fortbewegen auf der vorderen linken Seite zu erleichtern, sondern auch links aus, so daß der Knabe nicht mehr losgeraten werden konnte. Am entsetzt sah Grote, da rechts vollständig freie Fahrt war, er richtete sich vorwärts zu fahren. Unglücklicherweise lief er in diesem Augenblicke der Knabe vorn vor den Pferden des Wagens vorüber auf die rechte Seite der Straße, verun-

terlicht sich um Rede, die sich rechts von der Chauffee zeigten, besser sehen zu können. Stadtrat Grote, sein Chauffeur und die Stadträte Dr. Büsch und Stadtrat Kammer von hier, die den Knaben rechts hinterlaufenden Knaben nicht eher, als bis er schließlich wie ein Stein umgestürzt vor dem Automobil aufsaugte. Er wurde zu Boden geschleudert und getötet. „Sehen und weg sein, aufstehen und verschwinden, war eins“, bemerkte einer der Zeugen. Der Knabe lag mit dem Kopf dicht neben der Baumreihe rechts. Die Strafkammer hatte ihr freisprechendes Urteil vom 30. November v. J. damit begründet, daß Grote zwar durch das vorbestehende Verkehrs-Vorbefahren den Tod des Knaben verursacht, aber nach Lage der Sache für das Rechts-Alleebefahren entscheidende Gründe und im übrigen keine Möglichkeit gehabt habe, den unglücklichen Erfolg vorzusehen. Auf die Revision des Staatsanwaltes hatte das Reichsgericht indes dieses Urteil aufgehoben und die Sache zu erneuter Prüfung an die Strafkammer zurückverwiesen. Es sei in der ersten Verhandlung nicht hinreichend geprüft worden, ob es der Angeklagte nicht voraussehen konnte, daß der Knabe von der linken auf die rechte Seite der Landstraße gehen werde.

Die gestrige Vernehmungsprotokolle gaben wieder wie die vorige. Belastungen äußerten sich besonders der Vater des getöteten Knaben und der Genarm von Gröbers, der erklärte, es hätten sich früher schon einmal Passanten über Grotes schnelles Fahren beschwert. „Wie Wahnsinnige“ seien die Anwesen des Automobils damals ungefahren gekommen, habe man gesagt; jedenfalls ist am 20. Oktober auch wieder so schnell gefahren. Die übrigen Zeugen unterstützten die Angaben Grotes, der betraut, zu schnell gefahren zu sein. Daß der Angeklagte vorbestehend nicht rechts gefahren war, fand zweifellos keine. Die Strafkammer folgte hierauf nach schriftlicher Sitzung, hielt ein 3. Urteil, das aber öffentlich in der Öffentlichkeit eine Verurteilung für bringen erforderlich und beantragte einen Monat Gefängnis. Der Verteidiger des Angeklagten, Justizrat Ferschtel, trat für Freisprechung ein, da dem Angeklagten ein fahrlässiges Verschulden nicht treffe. Das Gericht erachtete den Angeklagten wohl der Verleumdung der angezogenen Polizeiverordnung — des vorbestehenden Verkehrs-Vorbefahrens — aber nicht der fahrlässigen Tötung für überführt und verurteilte ihn wegen des ersten Mords zur Zählung einer Geldstrafe in Höhe von — zehn Mark.

Geschäftsleute und Schützengesell.

Ein Geschäftsleute schreibt uns: Das Schützengesell geht an, aber noch soll das erste Kartell in meine Hände flüchten, das ich infolge des Festes an Weihnachten zu bezeichnen habe. Denn ich auch niemals zu denen gehört habe, die von einem solchen Feste einen goldenen Regen für sich und Geschäftsleute erwarten. So glaube ich doch wenigstens auf eine etwas verstärkte Einnahme, zumal mein Geschäft so liegt, daß die Freunde drauf sitzen müssen. Aber nicht ist gekommen. Ihre Parteigenossen, welche in der Stadtvorbereitungsgesellschaft, der Streit der Bauarbeiter schädige die hiesigen Geschäftsleute viel mehr, als ihnen ein Schützengesell nützen könne, haben ganz Recht gehabt. Wie ich, so urteilen jetzt auch viele meiner Kollegen; nur traut sich niemand mit der Sprache heraus. — Noch schlechter als wir Geschäftsleute in der Stadt haben die auf der Weibe abgekommen. Sie hatten wenigstens keine besonderen Ausgaben. Wofür man jetzt hört, da kamieren die Geschäftsleute auf der Weibe einen die Dären hoch, sie kommen zum Teil nicht einmal auf ihre Unkosten infolge des hohen Entrees und weil die Arbeiter ferngehalten sind. Ein Schützengesell haben nur die Schützengesellen gemacht; für die Geschäftsleute ist die Weibe übrig geblieben. Ich bin kurier... Was dieser Geschäftsleute uns schreibt, daß sich mit dem, was auch von anderer Seite erzählt wird.

Das Projekt des Eifer-Kanalals

d. h. die Herstellung eines Kanals von Halle nach Leipzig, wodurch Leipzig die schon lange erträumte Wasserzufuhr haben würde, ist in ein neues Stadium getreten. Das Projekt selbst ist ja schon ein viele Jahrzehnte alt, und Dr. Heine, ein vermögende Leipziger Kaufherr, hatte ja auch schon aus eigenem Willen bei Kanal von Magdeburg aus in Angriff genommen, konnte aber selbstverständlich ohne andere Weisheit das Projekt nicht zu Durchführung bringen. Seit nun scheint der Leipziger Kanal ein die Sache energisch in die Hand nehmen zu wollen. Er hat ein neues Projekt ausarbeiten lassen und hat hierfür auch weitere Kreise zu in die Hand nehmen zu wollen. Er hat ein neues Projekt die Verbindung Leipzigs mit Aitzsch durch einen Eifer-Eiser-Kanal, erscheinen entweder wegen Terrainverhältnissen oder zu hoher Kosten unausführbar. Ein Eifer-Eiser-Kanal mit dem Ausgang Leipzig und Embuttum Halle ist aber verhältnismäßig leicht auszuführen, trotz demzufolge bedeutend weniger und wird als renabel betrachtet. Während der Eifer-Eiser-Kanal 70 bis 100 Millionen Mark kosten dürfte, soll der Eifer-Eiser-Kanal bis 20 Millionen Mark kosten. In den nötigen Anschaffungen, Hafen- und Schleusenbauten. Dieses Projekt hat auch warme Verantwortung bei der Handelskammer in Leipzig gefunden und auf Grund dieser Verantwortung hat auch der Leipziger Magistrat sich bereit erklärt, eine Bürgschaft in Höhe von 300 000 Mark zu übernehmen. Angesichts dieser erfreulichen Tatsache will nun der Kanalverein bei der sächsischen Regierung um Zulassung einer Zinsgarantie nachfragen und bei der preussischen Regierung um einen Beitrag zum Kanalbau und Übernahme der Kosten der sich dadurch notwendig machenden Soaletegarierung und der Schleusen-Umbauten bei Halle vorstellig werden. Der Kanal selbst soll aus Privatkapital gebaut werden unter Benutzung des bereits schon jahrelang fertigten Kanal Seine-Kanal in Magdeburg. Namentlich regt sich sofort wieder gemerliche Kräfte, die teils wohl vom partikularen Geschäftsinteresse ausgehen, glauben, daß Preußen würde dem Kanal noch mehr in der Tasche haben, als so schon, teilweise auch die Notwendigkeit des Bauens eines Leipziger Kanals nicht einsehen wollen oder können, oder partout nur eine Kanalverbindung zwischen Eifer und Eiser haben wollen, andererseits lieber das ganze Projekt zum Teufel gehen lassen wollen. Doch das sind nur vereinzelte Gruppen und wenn der sächsische und preussische Staat helfen einbringen, dürfte bald an die Verwirklichung des Projekts gegangen werden. Ob wir es allerdings erleben werden, das weiß ich,

Der 4. Genossenschaftstag des Zentralverbandes deutscher Bauern am 17. bis 19. Juni 1907 in Dessau... Die Beschlüsse sind in der Beilage...

Vom Wirken des Reichslügenverbands.

Wie die Lügen über die Sozialdemokratie entlassen und weiter verbreitet werden, auch wenn sie beseitigt wurden, konnte man wieder in Berlin sehen...

Dazu schreibt Genosse Fleißner in der 'Säch. Arbeiterzeitung': 'Das ist eine direkte und grobe Unwahrheit...'

Genosse Karl Tziel, früher Redakteur des 'Sozialen Parteiblattes', für die Partei wirkte und agitierte in Dresden...

Die Ueberhebung der Mäztigen Volksstimme von Forst nach Cottbus erfolgt am heutigen Tage. Die Mäzt. Volksst. ist das Parteiorgan für den Regbez. Frankfurt a. O. und hat es bis auf 11 000 Auflage gebracht.

Aus Portugal. Die Anstrengungen um die wegen latijner Fragen zerplitterten sozialistischen und gewerkschaftlichen Kräfte in Portugal zu vereinen, beginnen Früchte zu zeitigen.

Soziales.

Heimarbeit und Wohnungswesen.

Der Geschäftsbericht der Sonnenberger Ortskrankenkasse hat bei Erhebungen über die Wohnungsverhältnisse der Heimarbeiter der Spielwarenindustrie folgendes konstatiert: Eine 22jährige Wäginerin in Sonnenberg bewohnte einen dunklen Raum im Hinterhaus, der 3,50 Meter lang, 2,10 Meter hoch war...

Der Kapitalismus hat eben ein Interesse daran, die schärfste Form der Ausbeutung der Arbeiterkraft, wie sie das Hausarbeitssystem darstellt, zu erhalten, und so hat man sich noch nicht einmal zur Einführung der Wohnungsinpektion bereit gefunden.

Kommunale Sozialpolitik. Der Gemeinderat von Mülhausen i. E. regelte die Sonntagsruhe einseitig wie folgt: Im Handelsgewerbe darf in Bouten, Agenturen, Fabriken und Großhandelskontoren und sonstigen Betrieben, mit denen keine offene Verkaufsstelle verbunden ist, eine Beschäftigung an Sonn- und Feiertagen nicht stattfinden.

Schritt geschritten. Bekanntlich war dies die 'christliche Weltanschauung' bzw. die früh entlassenen Patrons und Pfanden des Montionswesens. Es gibt eine 'christliche Weltanschauung', welche 13 hochheilige Vorzüge Christi vereint...

Im preußischen Grenzgebiet liegen viele Zeitgenossen, welche festsetzen, dass ein Landbesitzer in Hinterbannern sein soll. Das ist die Welt in jeder Lage aus dem Nichts erschaffen hat, das hat aus aus der Pflanze aus dem Gebilde worden, das hat aus aus dem Keim, was da kreucht und flucht, ein Räuber in den Rosten genommen hat. Welche herrliche Aufgabe für einen Professor der Naturwissenschaften, dieser zurückgebliebenen Gesellschaft etwas von der Natur der Entschlafenen zu erzählen, bezug Herold ja im Grunde der Montionsbund sein will. Statt dessen behält seine seine Zuhörer auch noch in ihrem Stolz...

morgens bis 12 Uhr mittags. Nach der zweiten Weltanschauung auf einem Sonntag oder Dienstag, so ist diese Beschäftigung in den verschiedenen Gewerbebetrieben sowie in den Gewerbebetrieben der Kolonialwarenhandel an beiden Tagen wie an Sonntagen zulässig. Obige Beschäftigung gilt für die genannten Gewerbebetriebe auch an allen übrigen Sonn- und Feiertagen. Für alle anderen offenen Verkaufsstellen (Laden-geschäfte) wird die Dauer der zulässigen Beschäftigung an Sonn- und Feiertagen auf die Zeit von 9 bis 11 1/2 Uhr beschränkt. Den Gehilfen, Lehrlingen oder Arbeitern ist außer den oben bezeichneten Feiertagen monatlich ein dienstfreier Sonntag zu gewähren.

Das bürden die am weitesten gehenden Vorarbeiten über die Sonntagsruhe sein, die in Deutschland existieren. Vermittlungswesen hat sich der Gemeinderat von Mülhausen bei Festlegung der Stunden, an denen Sonntags die Ladengeschäfte geöffnet sein können, nicht um die sogenannte 'Kirchenzeit' gekümmert, die anderwärts als erzwungener Pausen beibehalten wird, und deren Beachtung jede rationelle Einteilung der Geschäftsstunden am Sonntag verhindert.

Auch sonst hat sich der Gemeinderat von Mülhausen als Förderer des Fortschritts gezeigt. Ein Antrag des Ausschusses der Vertreter deutscher Städte 'zur Vorbereitung von Maßnahmen gegen den § 13 des Zolltarifgesetzes' (Aufhebung des Zolls) trat der Gemeinderat nicht bei. Derselbe sprach sich im Gegenteil einstimmig für Aufhebung dieser schädlichen Steuer aus. Der Ausschuss hat sich in diesem Sinne bei der Regierung in Berlin und in Bonn ausgesprochen. Um den Zolltarif möglichst billig zu gestalten, wurde mit Rücksicht auf den hohen Bodenwert die geschlossene Bauweise gefordert. Vorgelegten sind 100 Wohnungen zu drei, vier und einem Zimmer. Die Gesamtkosten belaufen sich auf 364 000 Mk.

Parteinachrichten.

Genosse Karl Tziel, früher Redakteur des 'Sozialen Parteiblattes', für die Partei wirkte und agitierte in Dresden mochte, ist zum leitenden Redakteur an unserem Auszubogen Parteiblatt ernannt worden.

Neue Parteimitglieder. Wie die Genossen in Portugal so auch die Genossen in Helldorn gründen. Ebenso finden die Parteioptionen in Koblenz und in Sonneberg daran, sich selbst ein Parteiblatt zu schaffen.

Die Ueberhebung der Mäztigen Volksstimme von Forst nach Cottbus erfolgt am heutigen Tage. Die Mäzt. Volksst. ist das Parteiorgan für den Regbez. Frankfurt a. O. und hat es bis auf 11 000 Auflage gebracht.

Aus Portugal. Die Anstrengungen um die wegen latijner Fragen zerplitterten sozialistischen und gewerkschaftlichen Kräfte in Portugal zu vereinen, beginnen Früchte zu zeitigen. Bisher ist es gelungen, die verschiedenen sozialdemokratischen Sektionen Alfonsos unter einen Hut zu bringen, und es steht zu hoffen, daß man bald auch in Porto so weit sein wird; denn bereits haben sich die beiden gewerkschaftlichen Organisationen Portos verschmolzen. Auf einem kürzlich abgehaltenen Kongreß, an welchem 69 Delegierte teilnahmen, die 32 Gewerkschaften vertraten, hat man sich über die Fragen der Organisation und der Taktik geeinigt, und es wurde der Beschluß gefaßt, einen einzigen Verband zu gründen, der den Namen A. I. L. I. m. e. i. n. e. r. a. d. e. r. e. i. t. e. r. e. n. e. r. e. führen wird. Ferner geben die Genossen Portos nunmehr ein neues Blatt A. V. o. z. do Povo (die Volksstimme) heraus, das als das Organ der sozialistischen Arbeiterpartei Nord-Portugals fungieren soll.

Augenblicklich führen die Sozialisten, indem sie aus der politischen Krise Kapital schlagen, die zuerst in Portugal mit, einen lebhaften Kampf im Norden und im Süden des Landes. Dieser Propagandaaufmarsch ist das Vorbild zu der Konferenz, die noch im Verlaufe dieses Monats in Alfonsos abgehalten werden soll. Zu dieser Konferenz sind alle Arbeiterorganisationen geladen, die auf dem Boden des Klassenkampfes stehen und Anhänger der politischen und parlamentarischen Aktion der Arbeiterklasse sind. Vom Gelingen dieser Konferenz hängt es ab, ob die Gründung der sozialistischen Partei Portugals endgültig zustande kommt, die dann alle Gruppen im Lande zu umfassen hätte, die sich zum Sozialismus bekennen.

Gewerkschaftliches.

Die Metallarbeiter der Waggonfabrik (Firma Rodewe) in Bismar stehen seit dem 22. April im Streik, die übrigen Arbeiter sind ausgespart worden. Am 25. Mai machte die Direktion das Angebot, es solle die Arbeit wieder aufgenommen werden, und würde dann sofort eine Regulierung der Arbeitspreise erfolgen. Von den besten Arbeiterkräften sollen keine Abzüge gemacht werden, während für die schlecht bezahlten Arbeiter keine Zulagen ausbezahlt werden sollten. Da derartige Angebote schon häufig dazu geführt haben, daß statt der versprochenen Regulierung neue Abzüge erfolgen, sobald die Arbeit wieder aufgenommen ist, gebraucht die Streikleitung die Vorsicht, eine bedingte Wiederaufnahme der Arbeit zu beschließen. Diese Vorsicht hat sich denn auch als sehr notwendig erwiesen. Es wurden tatsächlich neue Abzüge gemacht. Natürlich erfolgte nun eine neue Arbeitsüberlegung. Zuerst nun stehen die Dinge so, daß eine Anzahl Holzarbeiter, Hilfsarbeiter und Sollarbeiter beschäftigt werden, die natürlich die Arbeit der streikenden Metallarbeiter nicht ersetzen können. In den Streik getreten sind 232 Metallarbeiter, als Arbeitswillige sind jetzt 13 Mann im Betriebe. Die Firma bemühte sich nun, Arbeitswillige heranzuziehen, aber, wie diese Zahlen zeigen, ohne jeden Erfolg. Es hat nun seitens der Firma F. i. r. m. e. n. u. überwiegen. Daher erhielt ich die Arbeitsvermittlungen, besonders in solchen Orten, wo Waggonfabriken sind, ein aufmerksames Beobachten, und zwar ein häufiges, der in Betracht kommenden Betriebe veranlassen zu wollen. Unsere Vertrauensleute müssen dahin unterrichtet werden, daß sie jedes Vorkommnis, welches Bezug auf den Streik in Bismar haben kann, umgehend melden, und die Ortsverwaltungen bitte ich, alle solche Sachen sofort an meine Adresse weiter melden zu wollen, damit zunächst die Feststellung möglich ist, ob es sich um Streitarbeit handelt. Steitin, 18. Juni 1907.

Dr. Rohlfeld, Luernestraße 77, Telefon Nr. 3717. Die Zimmerer in Jella-Mehlis sind in den Streik getreten. Die Solidarität ist hochgehalten.

Gewerkschaftsunzuge ohne Staatsbürgerschaft. Ein großes Licht auf die Zustände in Preußen wirft schon allein die Tatsache, daß es als ein Ereignis registriert werden kann, wenn Arbeitern irgendwo gestattet worden ist, einen Festzug zu veranstalten. Und heute können wir gleich drei solcher Ereignisse mitteilen und zwar alle drei aus - Brandenburg.

Eine solche Feier begannen die Gewerkschaften in Zambberg a. B. am Sonntag, den 16. Juni. Zum ersten Male war auch ihnen das Recht einräumt, nach Preußen- und sonstigen Klimabüroren als selbstverständlich gestattet ist, einen Umzug zu veranstalten. Und so marschierten denn unter den Klängen zweier Musikkapellen über 200 organisierte Arbeiter und Arbeiterinnen in langem Zuge und nach Berufen getrennt durch die Stadt. Besonders Gruppen bildeten in dem Zuge der Turnvereine und der Arbeiter-Gewanderte. Selbstes Interesse rief auch die Gruppe der Zeitungsleserinnen hervor. Der Umzug hat großes Aufsehen erregt, währenddessen - Treiben mußte man doch bislang nicht, wie stark organisiert die Zambberger Arbeiter sind.

Die Gewerkschaften von Sommerfeld und von Schöchwitz konnten am Sonntag, den 16. Juni, zum ersten Male bei ihren Gewerkschaftsfesten einen Umzug veranstalten. Mit Musik und fliegenden Fahnen zogen die Gewerkschaften der beiden Städte im geschlossenen Zuge durch die Straßen. Während in Sommerfeld an 1100 Personen an dem Zuge teilnahmen, waren es in dem kleineren Schöchwitz etwa 300.

In Schöchwitz kam die Zusammengehörigkeit der Gewerkschaften und der Partei in dem Zuge zum Ausdruck, mit dem die Festrede des Kandidaten des Kreises, Gen. Grauer-Büchtem, aufgenommen wurde. In Sommerfeld feierte Genosse Spund die Arbeiter-Solidarität und den Fortschritt der Gewerkschaftsbewegung.

Zur Verhütung ärztlicher Gemüter sei noch mitgeteilt, daß die drei Städte, in denen sich am Sonntag so glanzvolles ereignet, noch auf derselben Stelle stehen.

Von Arbeitgeberverbänden gegen ihre Mitglieder festgesetzte Konventionen sind nicht eintragbar. Diese wichtige Entscheidung traf zum Schutze der Untertanenspezifischer jetzt auch die zweite Kammer des Reichstages. In einem Beschlusse vom 14. Juni in der Sitzung im Reichstagsgebäude, freilich im vorigen Jahre die Mauer, weil ihnen eine Lohnsenkung von zwei Pfennig verweigert wurde. Vom Arbeitgeberverband für das Baugewerbe war beschloffen worden, überhaupt in keine Verhandlungen mit den Gesellen einzutreten. Die Maurenbreiter S. und W. Meyer, denen die Arbeit auf den Regeln brante, ließen sich an diesen Beschluß nicht, obgleich die Mitglieder des Bauarbeiterverbandes waren. Sie traten aus diesem Verbands aus und gahlten ihren Gesellen den erforderlichen Lohn. Der Schlußsatz des Bauarbeiterverbandes war dieses jedoch nicht recht. Sie glaubten, ihre Mitglieder durch ein Statut gefesselt zu haben, welches die rigorösen Strafbestimmungen enthält; u. a. auch die, daß von der Generalversammlung des Verbandes gegen solche Mitglieder Konventionen im Betrage bis zu 500 Mark für jeden Eingestellter festgelegt werden können, die gegen Generalversammlungs-Beschlüsse verstoßen. Die Herren Meyer haben nun gegen mehrere Beschüsse gehandelt. Erfahren haben sie den Lohn bewilligt, dann mit den Gesellen verhandelt und auch Leute eingestellt, die nach Abmachung nicht eingestellt werden durften, d. h. Streikende. Von der Generalversammlung des Bauarbeiterverbandes wurden ihnen dann Konventionen von 1000 Mark und 808.65 Mark auferlegt. Der Vorstand des Verbandes zog einfach Beschluß in der besagten Höhe auf die abtrünnigen Meister, deren Zahlung von diesen jedoch verweigert wurde. Der Fall durchzieht alle Organisationen, selbst getreulich die Handwerkerkammer (!), die die Parteien auf den Weg der Zivilklage weisend. Der Vorstand des Arbeitgeberverbandes berief sich auf sein Statut, das von den betagten Meistern durch den Beitritt zum Verbands als für sie verbindlich anerkannt worden ist und nach welchem er berechtigt sei, solche Beschluß auf den besagten Klagen zu ziehen. Als die Unter-Bestimmungen des Vorstandes bestritten wurde, erhoben zugleich alle 19 Mitglieder des Verbandes die gleiche Klage. Das Landgericht in Coblenz hat die Klagen nicht annehmbar erklärt, weil die Angeklagten mit Recht jene angedachten statutarischen Bestimmungen als nicht rechtsverbindlich für sich zu betrachten brauchen.

Selbst Bierbrauer. Der Umstand, daß die bisher geübte Methode des Bierbrauens in Augsburg auf Kosten des Unternehmers hin und wieder Frei Bier bekommen hat, man auch eine Anzahl demoralisierter Brauereiarbeiter dort veranlaßt, einen geben Verein zu gründen. Mit dem ersten Frei Bier abend waren diese Arbeiter, die übrigens nur für erhöhten Bierablaß von Bedeutung sind, sehr zufrieden.

Aus dem Reich. Berlin. Ein schwerer Unfall ereignete sich am dem Neubau des Operntheaters am Schiffbauerdamm. Ein am Aufzuge von Steinen aufgestellten eisernen Kranwagen stürzte plötzlich nach vorn und quer über die Straße, so daß die Straße bis in die Höhe des dritten Stockwerks einwärts herabstürzte, welcher dort seinen Stand hatte, wurde schwer am Kopfe verletzt, sein Pferd getötet und der Wagen demoliert. Sechs Arbeiter wurden schwer verletzt, das durch die Unfälle überführt. Zwei Arbeiter, die sich zur kritischen Zeit auf dem Gerüst befanden, sollen in die Höhe gehoben worden sein. Der Unfall wurde ein gefährlicher Fall. Im Circus Circus wurde ein Gerüst in den Zuschauerraum. Mehrere Personen wurden verletzt. Es entstand eine allgemeine Panik. Kreiswaid. Rechtszeitig gekerkert. Das seit 1779 bestehende altrenommierte Hanhaus Kossler in Wilmam ist mit erheblichen Verlusten vollendet. Der Inhaber ist vor sechs Wochen gestorben. Die Verläute, liegt Selbstand vor. Die Posten werden nach vorläufigem Status auf eine Million Mark geschätzt, denen nur ganz geringe Kräfte gegenüberstehen. Zahlende kleiner Kreis verließen ihre gesamten Erparnisse. Es werden weitere Zahlungseinstellungen befürchtet. Wehr. Bei dem Eisenbahnunfall ist ein belgischer Offizier verletzt worden. Er erlitt einen Schädelbruch und verlor sich im tiefsten Koma. Die Ursache des Unfalls ist noch nicht festgestellt. Die Schuld tragen zwei Weichensteller (natürlich), die zu gleicher Zeit den beliedenen Vorrichtungen swidder handelten. Gleiwitz. Ueberfall eines Brandstahlers. Auf der Gasse nach Weistriedham wurde ein Bauhauer von Brandstahl überfallen. Der Brandstahl wurde fürchterlich ausgerückt und ist bereits seinen Verletzungen erlegen. Nürnberg. Der Bahndamm in Untergergk. Von einem Banden führten vier Wagen den Bahndamm hinunter. Ein Arbeiter geriet unter einen Wagen und war sofort tot, ein anderer ist leicht verletzt.

Briefkasten der Redaktion. Torgau. Die Adresse lautet: W. Weiglert, Nordmader-Heimer, Ludw. Wuchererstraße 23.

Beantwortlicher Redakteur: Walter Rosenthal in Halle.

Größen! Werbt neue Abonnenten!